

# Kurz & Knapp

Informationen zu den parlamentarischen Initiativen der NPD-Landtagsfraktion



## Hartz-IV-Unrecht: Fürs Sparen auch noch bestraft!

N

ahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit fabrizierten die derzeit Regierenden eine neue sozialpolitische Sauerei. Nicht allein, daß sie die Mindestsumme beim Schonvermögen erwerbsfähiger Leistungsbezieher nach SGB II von ursprünglich 4.100 Euro auf 3.100 Euro herabgesetzt haben.

Wer so krank wird, daß er als dauerhaft erwerbsgemindert gilt, bekommt, wenn er unter 60 Jahre alt ist, lediglich ein Schonvermögen von 1.600 Euro zugestanden. Hat jemand das 60. Lebensjahr gerade vollendet und wird dann dauerhaft erwerbsgemindert, erfolgt eine Kürzung des Schonvermögens auf 2.600 Euro. Wer das 65. vollendet (und noch gesund ist), wird aus Altersgründen mit demselben Sümmchen bestraft.

Ältere und erwerbsunfähige Hilfsbedürftige erfahren somit gegenüber Arbeitsfähigen eine klare Benachteiligung. Um die Ungerechtigkeit schrittweise abzubauen

zu helfen, stellte die NPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag („Gleichbehandlung arbeitsunfähiger Hilfsbedürftiger beim Schonvermögen“). Die Landesregierung wird darin zu einer Bundesrats-Initiative aufgefordert. Die Einräumung des Schonvermögens verfolgt ja gerade das Ziel, bei Hilfsbedürftigen eine wesentliche Beeinträchtigung der vorhandenen Lebensgrundlagen zu vermeiden. Der Grundsatz muß jedoch für Kranke ebenso wie für Gesunde, für Ältere wie für Jüngere Gültigkeit haben. Die Lösung: Anpassung der entsprechenden Regeln im SGB XII an die des SGB II.

Was die Alt-Parteien von der bei jeder Gelegenheit bemühten „Menschenwürde“ tatsächlich halten, wurde durch die Ablehnung des NPD-Vorstoßes einmal mehr deutlich. Fest steht überdies, daß Sparen in diesem Staat durch gesetzliche Sanktionierung eine Abstrafung erfährt.

## Studie zur Kostenwahrheit der Einwanderung und deren Belastung für die Sozialkassen

E

ine grundlegende Änderung der Ausländerpolitik muß schon allein aufgrund der Kriminalitätsstatistiken vorgenommen werden. Als ersten Schritt einer Ausländerrückführung sollte eine Studie die Kostenwahrheit der massiven Einwanderung in die BRD und deren Auswirkungen auf den Sozialstaat klären. Mit ihrem Antrag brach damit die NPD-Fraktion das Tabu, die gigantischen Kosten der Überfremdung zu hinterfragen. Demzufolge war auch das Geschrei der Blockparteien groß, denn die etablierten Parteien befürworteten die Verausländerung mit aller Inbrunst.

Es ist Tatsache, daß der Großteil der Zuwanderung aufgrund mangelnder Qualifikationen der Menschen eine direkte Belastung des deutschen Sozial-

systems darstellt. Nicht nur für die Sozialhilfe gehen Jahr für Jahr Abermillionen deutschen Steuergeldes für Asylanten drauf, auch deren medizinische Versorgung haben wir zu zahlen. Während die Einheimischen um Arzttermine ringen müssen, werden Asylanten bevorzugt behandelt. Ein Fall in M-V schlägt dem Faß dabei den Boden aus: Die Gesamtkosten für einen einzelnen Immigranten belaufen sich mittlerweile auf stattliche - und natürlich staatliche 757.280 Euro.

Der NPD Fraktionsvorsitzende Udo Paßtörs forderte grundsätzlich: weg von einer maßlosen und ungesteuerten Einwanderung hin zu einer differenzierten, die deutschen Staatsbürger bevorzugenden Sozialpolitik für die Zukunft Deutschlands.

## Große Anfrage zum G-8-Gipfel auf der Tagesordnung

D

aß die Etablierten an einer Aufarbeitung jener Versäumnisse und Fehlentscheidungen, die letztendlich die gewalttätigen Ausschreitungen der linksextremen Szene ermöglichten, keine Interesse haben, zeigte sich spätestens mit der Absage des Untersuchungsausschusses zum G-8-Gipfel.

Der nationalen Opposition wurden gerade einmal vier Minuten gegeben, um die von ihr auf die Tagesordnung gebrachte, immerhin 165 Punkte umfassende Große Anfrage, auszuwerten.

Die Antwort der Landesregierung ist in jeder Beziehung – ob in der Vorbemerkung, den Fragen zu linken Gewalttätigkeiten oder zur sog. Deeskalationsstrategie, eine einzige Farce mit zwielichtigem Wahrheitsgehalt. Anstatt ehrlich sämtliche Verfehlungen der politisch Verantwortlichen lückenlos aufzuklären, versucht die Regierung, den Weltwirtschaftsgipfel als gelungene Veranstaltung darzubieten. Dabei verschweigt sie, daß die Gewerkschaft der Polizei anders urteilt. In deren Nachbereitung des G-8-Einsatzgeschehens wirft sie dem Innenministerium gravierende Fehler in der polizeistategischen Planung und falsche taktische Entscheidungen vor.

Was die Antwort allerdings preisgibt, ist das ungeheure Ausmaß von Gewalt und Zerstörung der linken Demonstrationen.

Die vollständigen Gipfelkosten sind indes noch ungeklärt. Darum forderte der NPD-Abgeordnete Tino Müller „unverzüglich die Kosten offenzulegen, damit die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes endlich wissen, wie tief ihnen diesmal in die Tasche gegriffen wurde, um den Reichen und Mächtigen dieser Welt die Schmerzbäuche zu schützen.“

# Machbarkeits-Studie: Ganzjährige Beschiffbarkeit der Elbe?

Ganze 2 % der deutschen Binnenschifffahrt laufen derzeit über die Elbe. Als Alternative zu Straße und Schiene bringen sie Logistiker, Tourismus-Branche, Schiffbauer, Kommunalpolitiker sowie Wasserbau-Ingenieure dagegen immer öfter ins Spiel. Einer von drei Schwachstellenbereichen ist der zwischen Dömitz (Mecklenburg) und Hitzacker (Niedersachsen).

Davon ausgehend, stellte die NPD-Fraktion an Landtag bzw. Landesregierung den Antrag, eine entsprechende Machbarkeitsstudie über die ganzjährige Beschiffbarkeit in eben jenem Abschnitt zu erstellen. Die Untersuchung soll einer Bündelung und Ordnung verschiedener Studien gleichkommen, um so einen aktuellen Stand der Forschung vorlegen zu können. Der Entscheidungsfindungs-

Prozeß soll überdies auch Argumente von Umweltschützern beinhalten. Sie üben an einer Vorzugsvariante, erarbeitet vom Bundesamt für Wasserbau, scharfe Kritik. Die darin vorgesehene Erneuerung bzw. Verlängerung der Bühnen-Struktur würde die ökologische Vielfalt des Stromes vernichten. Zum Für und Wider gesellt sich die Unklarheit über den Kostenaufwand sowie die Haltung der „Europäischen Union“.

Der Gegenredner, ein Vertreter der Alt-Parteien, unterstellte der NPD Inkompetenz, obgleich die Nationalen deutlich eine Machbarkeitsstudie forderten und sich auf politische Debatten in den Kreisen bzw. Kreistagen von Ludwigslust und Lüneburg sowie anderen Bundesländern sowie der Tschechischen Republik beriefen.

## Gewalt als politisches Mittel ablehnen

Daß sich das morsche BRD-System der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung gegen Oppositionelle bedient, ist weithin bekannt. Die Belohnung von verurteilten Straftätern und ihre Anerkennung in aller Öffentlichkeit durch Mitglieder eines Landtages hingegen sind neu. Die NPD-Fraktion stellte den Landtag deshalb auf die Probe und forderte die Etablierten auf, sich eindeutig zu einem Gewaltverzicht zu bekennen und zukünftig die Querfinanzierung von Gewalttaten zu unterlassen. In der Einbringung zeigte der Abgeordnete Borrmann anhand von persönlichen Erlebnissen auf, wie sich die beständige Hetze gegen alles Nationale im Alltag offenbart. Denn hier dient der Aufstand der ach so Anständigen in erster Linie als Alibi für Gewalt gegen

Andersdenkende. Die Art der Begründung gefiel dem Präsidium allerdings nicht und Borrmann wurde mehrmals unterbrochen. Die anschließende Gegenrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden wirkte völlig absurd, war es doch gerade Schlotmann, der an vorderster Front um Almosen für linke Straftäter bettelte.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende Pastörs zeigte daraufhin noch einmal ganz deutlich die Verbindungen selbst der Landtagspräsidentin Bretschneider zu kriminellen Linken auf. Wie vorprogrammiert, wurde der Antrag abgelehnt. Im Anschluß an die Debatte mußte Pastörs den Plenarsaal verlassen. Nicht wegen Verletzung der Plenarordnung, sondern wegen der Wahrheit.

## 30. Januar – neuer Gedenktag?

Im Erfinden neuer Gedenktage scheint die Schweriner Landtagspräsidentin eine besondere Begabung zu haben. Bisher wurde der Tag der verfassungsgemäßen Ernennung eines Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten in keiner Weise als Gedenktag begangen.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs sagte zu der erneuten Eigenmächtigkeit der eigentlich zur Neutralität verpflichteten Landtagspräsidentin:

„Frau Bretschneider hat von ihrer Absicht noch nicht einmal den Ältestenrat informiert. Dies ist ein erneuter krasser Verstoß gegen die parlamentarischen Regeln. Auch hat diese Dame kein Recht, von anderen zu verlangen, sich von Gewalt zu distanzieren, weil sie selbst den Gewalttätern, welche den NPD-Abgeordneten Raimund Borrmann im Wahlkampf attackiert und beraubt hatten, ihren Respekt zollte. Die NPD-Fraktion ist nicht bereit, sich am einseitigen Schuld kult zu beteiligen. Auch wir Deutschen hatten Opfer, insbesondere die unzähligen Toten nach den anglo-amerikanischen Terrorangriffen auf unsere Städte sowie die Millionen Opfer von Flucht und Vertreibung. Erst wenn auch diese deutschen Opfer würdig mit einbezogen werden, wird sich die NPD-Fraktion an solchen Opfergedenken beteiligen.“

## Justizministerin versteht sich selbst nicht

„Ich glaube nicht, daß ich meine eigenen Worte irgendwie verstehen muß. Die müssen Sie verstehen.“ Das war die Antwort der Justizministerin Kuder (CDU) auf eine Frage des NPD-Abgeordneten Stefan Köster in der Fragestunde der 34. Landtagssitzung. Es ist bezeichnend für dieses System, wenn eine Ministerin nicht ihre eigenen Aussagen versteht oder bei Zusatzfragen einfach nur in ein peinliches Stottern verfällt. Vielleicht sollte man sich auch einmal mit dem auseinandersetzen, was einem der Mitarbeiter schreibt, wenn man's schon nicht selbst macht.

Dieser Fall zeigt, daß es bei der Ämterbesetzung nur um parteipolitische Aspekte geht, nicht etwa auf Charakter oder gar Können ankommt, wie es sich in einem anständigen Staat gehören sollte.

### NPD-Initiativen in der 33., 34. und 35. Landtagssitzung



- ▶ Antrag „Gleichbehandlung arbeitsunfähiger Hilfsbedürftiger beim Schonvermögen“ - abgelehnt
- ▶ Antrag „Studie über die Kostenwahrheit der Einwanderung und deren fiskalische Auswirkungen auf die Sozialsysteme“ - abgelehnt
- ▶ Antrag „Machbarkeitsstudie zur ganzjährigen Beschiffbarkeit der Elbe zwischen Hitzacker und Dömitz“ - abgelehnt
- ▶ Antrag „Ächtung der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung“ - abgelehnt

Reden und Anträge finden Sie unter [www.npd-fraktion-mv.de](http://www.npd-fraktion-mv.de)

V.i.S.d.P.: Udo Pastörs, MdL - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.